

---

## Wirtschaftspolitik im Fahrwasser neoliberaler Doktrin erschwert Integration Mittel- und Osteuropas

---

Raimund Dietz

---

Internationale Organisationen und die globalisierte Finanzindustrie bewerten Länder und deren Reformen in der Regel nach Maßstäben, welche die neoliberale Wirtschaftsdoktrin vorgelegt hat. Diese Maßstäbe wurden im sog. Washington Consensus als politische Doktrin festgelegt, die nun seit gut zwei Jahrzehnten fast schon weltweit Verbindlichkeit erreicht hat. Wir wollen hier nur zwei dieser Kriterien herausgreifen: erstens Bekämpfung der Inflation (wie es scheint: fast um jeden Preis!), am liebsten gleich Null-Inflation, maximal 2-3%;<sup>1</sup> zweitens die völlig freie internationale Beweglichkeit von Kapital.

Die internationalen Organisationen, die Finanzwelt und die nationalen Regierungen übersehen dabei meist, dass das überzogene Stabilitätsziel in Bezug auf die Preise und die Forcierung der Liberalisierung von Kapitalströmen nicht nur das Wirtschaftswachstum dämpfen, sondern die Krisenanfälligkeit erhöhen. Betroffen sind vor allem periphere Länder (Entwicklungs-, Übergangsländer).

Niedrige Inflationsraten sind begrüßenswert, übertriebene Stabilisierungsbemühungen aber wirtschaftlich und politisch schädlich, denn sie behindern Wachstum und strukturellen Wandel. Da die Nationalbanken Inflationstendenzen weltweit in der Hauptsache durch Manipulation der Zinssätze bekämpfen, haben wir seit dem Paradigmawechsel zugun-

sten der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin in der Tendenz hohe reale Zinssätze und niedriges Wachstum. Diese Politik trifft vor allem periphere Länder mit schwachen (nicht-etablierten) Währungen, die ihrer Währungsschwäche mit hohen Zinsen entgegenarbeiten müssen.

Hohe reale Zinsen nützen vor allem den Geldvermögensbesitzern, also allen, die nominell fixierte Vermögenstitel (wie Sparanlagen, Staats- oder Unternehmensanleihen) halten, und führt zu einer schädlichen Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der „Rentiers“. Diese Art der Umverteilung hat Grenzen, die sich irgendwann bemerkbar machen werden.

Die Liberalisierung der Kapitalmärkte ist ein ungueter Geselle der Inflationshysterie. Der Theorie nach sollte die freie Bewegung von Kapital die Tendenz der Gütermärkte zu einem Ausgleich von Güter- und Faktorpreisen verstärken. Das Gegenteil ist der Fall. Die Dominanz der Kapital- gegenüber den Güterströmen lässt die Devisen- und Finanzmärkte vorrücken spielen, wodurch der internationale Ausgleich von Preisen und Löhnen fundamental gestört wird. Es ist völlig unverständlich, dass die Finanzwelt im nationalen Bereich Inflationsraten nur bis zu 3% tolerieren will, während ihr gewaltige Schwankungen der Relationen der großen Währungen (Dollar, Euro und Yen) zueinander gleichgültig zu sein scheint: bis über 100% nach oben oder mehr als 50% nach unten, und das trotz rasant zunehmender internationaler Verflechtung. Noch frivoler geht es auf den Vermögensmärkten (Aktienmärkten) zu, deren Preisbewegungen nachweislich immer stärker auch Güterströme beeinflussen und Ungleichgewichte auslösen (z.B. Überkonsumption und gigantische Leistungsbilanzdefizite der USA etc.).

Man kann sich leicht vorstellen, dass diese Politikkombination für die (Re-)Integration Osteuropas, das von der Weltwirtschaft vier bzw. sieben Jahrzehnte abgeschnitten war, nicht gerade förderlich ist. In den ost- und mitteleuropäi-

schen Ländern geht es um einen auf- und nachholenden Prozess, dessen Tempo umso schärfer sein sollte – aber meist nicht ist –, je weniger das im alten System an materiellen und organisatorischen Strukturen Geschaffene unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überleben kann. Es ist offensichtlich, dass sich z.B. Ungarn mit seiner relativ marktnahen „gulaschkommunistischen“ Vergangenheit beim Aufholen viel leichter tut als Rumänien, das durch die Diktatur Ceauscescus weitgehend paralysiert wurde. So unterschiedlich die Aufholprozesse in den einzelnen Ländern auch sein mögen, haben sie doch Tücken, die allen gemeinsam sind.

Die Aufholprozesse sind wie eine Wanderung über mehrere Grate. Auf einem der Grate geht es darum, Balance zwischen Preisstabilität und auf Dauer finanzierbaren Leistungsbilanzdefiziten zu halten. Der Aufholprozess hat dann Erfolg, wenn das Land sowohl eine zu hohe Inflation vermeidet – besser gesagt, die hohe Inflation, die typischerweise am Beginn der Transformation vorherrscht, in den Griff bekommt (man spricht von Desinflation) –, als auch vermeidet, durch ständig zu hohe Leistungsbilanzdefizite allmählich (wieder) in die Verschuldungsfalle zu tappen. Für weite Bereiche sind diese beiden wirtschaftspolitischen Ziele kompatibel, denn ein Rückgang von zuvor hoher Inflation erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Attraktivität eines Landes für Auslandsinvestoren und verbessert seine Exportchancen. Umgekehrt mindert eine tragfähige Leistungsbilanz den Druck auf Abwertung und trägt so zur Stabilisierung der Preise bei. Es treten jedoch Zielkonflikte auf, wenn sich die Wirtschaftspolitik die neoliberale Inflationshysterie zu Eigen macht und ihr Land zu rasch internationalen Geldspekulationen aussetzt – wie fast überall geschehen. Im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien, welche die osteuropäischen Ländern nach ihrem Beitritt, also ohnehin erst in einigen Jahren,

erfüllen müssen, versuchen die osteuropäischen Länder schon jetzt ein hohes – gemessen an ihren Möglichkeiten zu hohes – Maß an Geldwertstabilität zu erlangen. Das erreichen sie, indem sie mit zu hohen Zinssätzen operieren, um das Wachstum der Geldmenge zu bremsen, und indem sie, solange es irgendwie geht, eine Abwertung ihrer Währung vermeiden oder hinauszögern. Die Folge ist ein Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit, der sich in anwachsenden Leistungsbilanzdefiziten niederschlägt.

Polen, der weitaus größte Beitrittskandidat, ist ein gutes Beispiel dafür. An übertriebener Preisstabilität festhaltend, riskierte es Leistungsbilanzdefizite bis zu 8% seines Bruttoinlandsproduktes. Dieses korrigierte es nicht durch (rechtzeitige) Abwertung, sondern durch Verzicht auf Wachstum – im Jahre 2001 stagnierte die polnische Wirtschaft. Das Leistungsbilanzdefizit sank zwar auf 4%, die Arbeitslosigkeit aber, die seit Überwindung des ersten Übergangsschocks mühsam abgebaut worden war, schnellte binnen zwei Jahren von 13% auf über 18%.<sup>2</sup> Die polnische Wirtschaft erreichte zwar ein bisschen mehr an Preisstabilität, verlor aber erheblich an realer Stabilität: Mit der Arbeitslosigkeit nahmen Kriminalität und Korruption wieder zu, die Investitionen stagnieren etc.

Der zweite Pfeiler neoliberaler Wirtschaftspolitik – die Forderung nach Liberalisierung von Kapitalbewegungen, auch für Übergangsländer – macht die Sache nicht leichter, ganz im Gegenteil. Österreich liberalisierte den Kapitalverkehr schrittweise in den Jahren 1986 bis 1991, also mehr als vier Jahrzehnte nach Kriegsende. Den Übergangsländern ging es, teils auf Druck internationaler Organisationen, teils aus vorausseilendem Gehorsam, gar nicht schnell genug damit. Höhere Zinsen in den Übergangsländern lockten ausländisches Kapital an, welches den Wechselkurs nach oben hob. Anstatt die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie (unbeeindruckt von den mo-

mentanen Kapitalbewegungen) durch stufenweise und sanfte Abwertungen (so geschehen zeitweise in Ungarn und Slowenien) zu erhalten und zu stärken, erzwangen die Kapitalzuflüsse (trotz erheblicher Inflationsdifferenziale) in manchen Ländern sogar nominelle Aufwertungen – zum Schrecken von Industrie und (schwachen) Gewerkschaften, aber offenbar zur Zufriedenheit der Nationalbanken. Denn sie erreichen dadurch noch leichter, was ihr gesetzlicher Auftrag ist: die Stabilität des Geldwerts.

Dass sich zugleich die Leistungsbilanzen bedrohlich verschlechtern, Verschuldung und Außenverpflichtungen ihrer Ländern zunehmen, die Arbeitslosigkeit aufgrund von erheblichen Wachstums-einbußen (wieder) wächst – das scheint sie kaum anzufechten. (Ist das die neue Tonnenideologie, nun auf Geldwertstabilität umgemünzt?)

Die Stabilität des Geldwertes kann jedoch auf Dauer nur in einer gesunden Wirtschaft gesichert werden. Dazu gehört, dass sie ihre Leistungsbilanz in Ordnung halten kann. Zu hohe Leistungsbilanzdefizite führen zu überhöhter Verschuldung und unterminieren das Vertrauen in die Währung und in das Finanzsystem (weil die Profite fallen). Leistungsbilanzen sollten in erster Linie durch eine Ausweitung der Exporte in Ordnung gebracht werden können und nicht durch Verzicht auf aufholendes Wachstum. Rechtzeitige und maßvolle Abwertungen (zwecks Förderungen von Exporten) sollten jedenfalls nicht durch eine übertriebene Orientierung auf Geldwertstabilität unterlassen werden. Auf alle Fälle sollten Übergangsökonomien ungegerechtfertigte nominelle Aufwertungen vermeiden, die nur zustande kommen, weil zu viel kurzfristiges Kapital in das Land fließt, was nichts mit den Entwicklungsbedürfnissen des Landes zu tun hat. Zuflüsse wie auch Abflüsse kosten jeweils Arbeitsplätze – Zuflüsse, weil sie zu ungegerechtfertigten Aufwertungen führen, Ab-

flüsse erst recht, wenn sie kumuliert auftreten und Systemkrisen auslösen.

Diese Selbstverständlichkeiten scheinen in Vergessenheit geraten zu sein. Hauptsache sind offenbar die guten Noten, die man für mehr Geldwertstabilität (auch wenn sie übertrieben ist) und Kapitalmarktliberalisierung (auch wenn sie verfrüht ist) einheimst. Zwar haben sich etliche osteuropäische Länder schon in eine Schiefelage manövriert. Sie scheinen sich aber hartnäckig zu weigern, diese heute zu korrigieren, weil sie erwarten, „morgen“ oder „übermorgen“ in den Hafen der EU einzulaufen. Offenbar hoffen sie, bis dorthin „durchzuhalten“, denn dort wird schon die Europäische Union, deren Mitglied sie dann sein werden, für ihre Stabilität aufkommen.

Die EU ist mit dieser Entwicklung und Strategie natürlich nicht glücklich. Sie warnt vor einer Ausuferung der Leistungsbilanzen, vor zu starken und kurzfristigen Kapitalimporten, fordert Umsicht und verantwortliches volkswirtschaftliches Management in den Übergangsländern.<sup>3</sup> Hat sie aber mit ihrer zu starken Orientierung auf Geldwertstabilität, vor allem aber mit ihrer Forderung nach frühzeitiger Liberalisierung der Kapitalmärkte in den Übergangsländern sich nicht selbst die Suppe eingebrockt? Sie wird sie mit den Beitrittsländern auslöffeln müssen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Es ist längst erwiesen, dass eine maßvolle Inflation Strukturwandel und Wachstum begünstigt. Eine Null-Inflation im Durchschnitt heißt: drastisch sinkende Industriepreise. Hinzu kommt: In den Indizes sind Qualitätsveränderungen bei den Produkten (z.B. schnellere Computer, bessere Ausstattung der PKWs) oft gar nicht enthalten. Würde man diese mitberücksichtigen, würde der Preisindex niedriger ausfallen.

<sup>2</sup> Siehe Podkaminer et al., *Transition Countries in 2002* (=WIIW, Research Report 285, Wien 2002).

<sup>3</sup> ECOFIN (30 March 2001).